

## CHARTA DER KOMMUNALVERWALTUNG ÜBER DIE RECHTE DER FAMILIE

Die Familie ist das Fundament der sozialen Ordnung und die grundlegende soziale Gemeinschaft, die das optimale Umfeld für die menschliche Entwicklung bietet. Sie ist eine unverzichtbare Unterstützung für alle ihre Mitglieder, insbesondere für die jüngsten und ältesten.

Keine Gemeinde ist in der Lage, das Gemeinwohl ohne die Beteiligung der Familien zu verwirklichen. Von ihrem guten Funktionieren hängt unsere Zukunft ab.

Die Kommunalverwaltung ist die Grundlage der Rechtsstaatlichkeit. Wir sind entschieden dagegen, die verfassungsrechtlich garantierten Rechte von Familien, einschließlich der Rechte von Eltern und Kindern, und die systemische Position der Ehe zu untergraben.

Wir befürworten die in der Verfassung der Republik Polen bestätigten Werte - die Identität der Ehe als Beziehung zwischen Frau und Mann, Familie, Elternschaft und Mutterschaft (Art. 18), das Recht auf Schutz des Familienlebens (Art. 47), das Recht der Eltern, ihre Kinder nach ihren eigenen Überzeugungen zu erziehen (Art. 48 Abs. 1) und das Recht des Kindes auf Schutz vor Demoralisierung (Art. 72 Abs. 1).

Wir verteidigen diese Werte und versuchen, ihre Achtung zu gewährleisten, indem wir Rechtsakte erlassen und Maßnahmen zur Umsetzung der darin enthaltenen Lösungen ergreifen.

### I. DIE RECHTE DER ELTERN UND DAS WOHL DER KINDER IN SCHULE UND KINDERGARTEN

Das verfassungsmäßige Subsidiaritätsprinzip "Stärkung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Gemeinschaften", das sich auf die grundlegende Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger und die soziale Einheit, die die Familie ist, bezieht, konkretisiert sich im verfassungsmäßigen Recht der Eltern, ihre Kinder nach ihren eigenen Überzeugungen zu erziehen. Aufgabe der Bildungseinrichtung ist es, die erzieherische Rolle der Familie in einer Weise zu unterstützen, die nicht im Widerspruch zu den verfassungsmäßigen Rechten der Eltern steht. Die Rolle der Bildung besteht nicht darin, die Familienerziehung zu ersetzen. Leider werden in der Praxis selbst gesetzlich garantierte Rechte der Eltern während der Schul- und Vorschulerziehung sehr oft ignoriert.

Daher ist es notwendig, dass die Kommunalverwaltungen einen "Kodex der guten Praxis" verabschieden, der eine Reihe von Musterlösungen enthält, die zeigen, wie die Bildungsarbeit der Schulen auf der Grundlage ihrer pädagogischen Subsidiarität gegenüber der Familie organisiert werden kann. Obwohl ein solches Dokument nicht bindend sein wird, kann es einen erheblichen Einfluss auf den Aufbau der Organisationskultur von Schulen haben, die von der lokalen Verwaltung getragen werden.

Die kommunalen Schulen müssen die gesetzlichen Rechte der Eltern respektieren, darunter insbesondere die Forderung, die Kompetenz des Elternrates zu respektieren, ein Präventions- und Bildungsprogramm zu verabschieden und mit Nichtregierungsorganisationen zusammenzuarbeiten, sowie die Verpflichtung, stets die Zustimmung der Eltern zur Teilnahme des Kindes an optionalen Aktivitäten einzuholen. Darüber hinaus ist es empfehlenswert, Eltern zu ermöglichen, sich aktiv an diesen Prozessen zu beteiligen, auch in inhaltlicher Hinsicht.

Die Möglichkeit für Eltern, externe Organisationen und die für ihre nichtobligatorischen Aktivitäten verwendeten Materialien zu überprüfen, sollte auf zwei Ebenen erfolgen: sowohl individuell als auch gemeinsam durch den Elternbeirat. Es wird empfohlen, jedem Elternteil Informationen, die nicht nur den Namen, sondern auch das Programm und das Profil einer solchen Organisation enthalten, separat zur Verfügung zu stellen, damit diese sich mit dem Inhalt dieser Dokumente vertraut machen können, bevor sie sich für die Klasse anmelden. Ein ähnlicher Mechanismus sollte auf alle anderen Formen von Lehr- und Bildungsaktivitäten der Schule oder Institution angewandt werden, die über das Kerncurriculum hinausgehen oder Fragen betreffen, die vom Kernlehrplan der Erziehung für das Familienleben abgedeckt werden, einschließlich derjenigen, die im Rahmen von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln durchgeführt werden.

Es ist ebenfalls eine gute Praxis für die Schule, die Eltern über ihre Rechte zu informieren, auch wenn sich eine solche Verpflichtung nicht direkt aus dem Gesetz ergibt.

Die lokale Behörde, die die Schule betreibt, sollte auch Informationen über die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Nichtregierungsorganisationen öffentlich zugänglich machen, indem sie diese im Informationsbulletin für die Öffentlichkeit und auf der Website bereitstellt. Es sollten zumindest die Namen der Organisationen, denen der Schulleiter seine Zustimmung erteilt hat, angegeben werden sowie die Art ihrer Aktivitäten. Dank dieser Lösung haben Eltern Kenntnisse über die Funktionsweise der Schule, bevor sie sich entscheiden, diese mit der Erziehung eines Kindes zu betrauen.

## II. FAMILIENRECHTE IN DER SOZIALPOLITIK DER GEMEINDE

Die sozialpolitischen Instrumente der Kommunalverwaltung sollten unter Berücksichtigung des Kontextes der Familienrechte, ihrer Autonomie und Identität entwickelt werden.

Kooperationsprogramme mit sozialen Organisationen sollten das Prinzip der Stärkung von Familie und Ehe berücksichtigen und die Finanzierung von Projekten ausschließen, die gegen diese Werte verstoßen. Insbesondere muss die Möglichkeit ausgeschlossen werden, öffentliche Mittel und öffentliches Eigentum für Projekte bereitzustellen, die die verfassungsmäßige Natur der Ehe als Vereinigung von Frau und Mann oder die Autonomie der Familie untergraben. Darüber hinaus sollten die Bestimmungen von kommunalen Ausschreibungen für soziale Organisationen durch Standards ergänzt werden, die die Familie und die Ehe stärken und die Zuweisung von Mitteln für Aktivitäten ausschließen, die die verfassungsmäßigen Grundlagen des Familienrechts untergraben oder die Rechte der Bürger verletzen.

Präventionsprogramme der lokalen Gebietskörperschaften, die darauf abzielen, Gewalt entgegenzuwirken und ihren Opfern zu helfen, Alkoholismus und Drogenabhängigkeit entgegenzuwirken und gesundheitspolitische Ziele zu erreichen, sollten den Grundsatz der Achtung der familiären Integrität berücksichtigen, auf den nur in Ausnahmesituationen wie der Gefahr für das Leben oder die Gesundheit ihrer Mitglieder verzichtet werden kann. Nur auf diese Weise kann man pathologische Lagen vermeiden, bei denen es zu unverhältnismäßigen Eingriffen in das Leben der Familien kommt, bis hin zur Wegnahme von Kindern von den Eltern, was aus schwerwiegenden Gründen nicht gerechtfertigt ist.

Es ist auch notwendig, die rechtliche Diskriminierung von Ehepaaren und den von ihnen aufgezogenen Kindern in der Sozialpolitik der Kommunalverwaltung auszuschließen. Allzu oft kommt es vor, dass die Tatsache, dass Eltern verheiratet sind, die Situation des Kindes negativ beeinflusst. Dies gilt insbesondere für den Zugang zu Dienstleistungen und Vergünstigungen der Kommunalverwaltung, deren Gewährung von der Abgabe einer Erklärung über den Status eines Alleinerziehenden abhängig ist. Schon die Umsetzung solcher Erklärungen durch die Einführung der im polnischen Rechtssystem bekannten Erfordernis, dass ein alleinerziehendes Elternteil eine Unterhaltsentscheidung vorzulegen hat, kann die Nutzung dieses Privilegs durch Unbefugte ausschließen und das Ausmaß der Diskriminierung von Ehen erheblich verringern.

Ein wichtiges Element der von der Kommunalverwaltung verfolgten Sozialpolitik sollte auch die Schaffung von Lösungen sein, die es Eltern ermöglichen, zwischen verschiedenen Formen der Betreuung ihrer jüngsten Kinder zu wählen. Die Kommunalverwaltungen sollten Mechanismen einführen, die es den Eltern der jüngsten Kinder erleichtern, zwischen häuslicher Pflege, institutioneller kollektiver Pflege und anderen Formen der Kinderbetreuung zu wählen, so dass sie den unterschiedlichen Bedürfnissen der verschiedenen Gruppen von Eltern und Kindern gerecht werden können. Solche Lösungen wären auch eine Erleichterung für Eltern, deren Kinder nicht in den Genuss einer kollektiven Betreuung kommen können.

Die tatsächliche Arbeitsweise der örtlichen Behörden hängt nicht nur von den geltenden Rechtsnormen ab, sondern auch von der Vorbereitung und den Kenntnissen der Beamten. Daher ist es wichtig, Lehrer und Beamte, einschließlich der Mitarbeiter von Sozialhilfezentren, in den Bereichen der Autonomie und Rechtsidentität der Familie, der Rechte der Eltern und des Wohlergehens des Kindes zu schulen. Den Teilnehmern des Trainings sollte verlässliches und ideologiefreies Wissen vermittelt werden über das geltende Recht und wirksame Methoden zur Verhütung unerwünschter Phänomene, einschließlich Gewalt, Abhängigkeiten und anderer Funktionsstörungen, die in Haushalten und öffentlichen Räumen auftreten können. Obwohl die empirische Forschung eindeutig bestätigt hat, dass starke familiäre Bindungen wirksam vor Gewalt schützen, wurde dieses Grundwissen in vielen der bisher durchgeführten Schulungen in Frage gestellt.

### III. FÖRDERUNG GUTER VERFAHREN IN BEZUG AUF FAMILIENRECHTE IN UNTERNEHMEN

Gute Praktiken in Bezug auf Familienrechte sollten auch in der Privatwirtschaft gefördert werden. Die Kommunalverwaltung sollte Zertifizierungsprogramme für Unternehmer unterstützen, die familienfreundliche Lösungen eingeführt haben. Dies kann sowohl durch ein Programm zur Zertifizierung von Lösungen für Verbraucher geschehen, einschließlich Ermäßigungen für Familien oder Einrichtungen für Familien mit Kindern, als auch durch ein Programm, das gute Praktiken hinsichtlich der Situation von Mitarbeitern, die Eltern sind, beinhaltet.

### IV. ÜBERWACHUNG UND DURCHSETZUNG VON FAMILIENRECHTEN

Für die Verwirklichung der Familienrechte ist es entscheidend, wirksame Mechanismen zu ihrer Durchsetzung zu schaffen.

Um die Rechte von Familien auf kommunaler Ebene ordnungsgemäß umzusetzen, ist es erforderlich, einen Ombudsmann für Familienrechte zu ernennen und ein lokales Berichterstattungssystem für die Meldung von Verstößen gegen Familienrechte zu schaffen. Der Ombudsmann sollte die Einhaltung der Familienrechte durch die Institutionen, einschließlich der Schulen, überwachen und in Situationen eingreifen, in denen diese Rechte verletzt werden. Der Bürgerbeauftragte kann eine Hotline oder eine Kontaktbox für Meldungen betreiben.

### V. SCHAFFUNG EINES FAMILIENFREUNDLICHEN RECHTS

Die Bedeutung der Rechte der Familie beschränkt sich nicht nur auf die in dieser Charta enthaltenen Lösungen. Die Situation der Familie ist auch direkt von Rechtsakten betroffen, deren Hauptgegenstand andere Themen sind.

Daher sollte bei der Vorbereitung jedes örtlichen Rechtsaktes geprüft werden, ob er sich auf die Situation der Familien und den Umfang ihrer Rechte, einschließlich der Rechte von Eltern und Kindern, auswirkt - nach dem Prinzip des Family Mainstreaming. Wenn dies der Fall ist, sollte immer eine umfassende Folgenabschätzung der diesbezüglichen Vorschriften durchgeführt werden. Insbesondere dürfen die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Rechte von Familien und ihren Mitgliedern nicht durch ein Gesetz des örtlichen Rechts eingeschränkt werden.

Dieser Text ist eine Übersetzung der Samorządowa Karta Praw Rodziny:

[www.ordoiuris.pl/rodzina-i-malzenstwo/samorzadowa-karta-praw-rodzin](http://www.ordoiuris.pl/rodzina-i-malzenstwo/samorzadowa-karta-praw-rodzin)